

Hilfe für Doping-Opfer

F.A.Z. FRANKFURT. Politiker aus allen Parteien des Bundestages haben die Verweigerung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), sich an der Finanzierung des zweiten Doping-Opfer-Hilfegesetzes zu beteiligen, kritisiert. Dem Entwurf der Bundesregierung stimmten CDU/CSU, SPD, Grüne und die Linke am Donnerstag nach der zweiten und dritten Beratung im Bundestag einstimmig zu. Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause verabschiedet werden. Mit dem zweiten Hilfsfonds sollen nach bislang etwa 200 staatlich anerkannten Opfern des Staats-Dopings weitere 1000 Anspruch auf jeweils 10 500 Euro erhalten. Die Linke forderte, auch Doping-Opfer aus Westdeutschland zu unterstützen, und warnte vor einem Ende der Hilfe: „Dies ist kein Schlussgesetz. Das Thema wird uns weiter beschäftigen“, sagte der Abgeordnete Hahn.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.06.2016, S. 40